

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 33

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GHANAS NKRUMAH HERRSCHT ABSOLUT

Nach Haftwillkür jetzt auch Zensur für Opposition

Ghanas Staatschef Kwame Nkrumah hat die Freiheit, die er für sich und sein Land von der Kolonialmacht in Anspruch nahm, selbst mit Füßen getreten und die Zensur für alle «dem Staatsinteresse zuwiderlaufenden» Veröffentlichungen eingeführt.

Die Beurteilung darüber, was dem öffentlichen Interesse dient und was ihm zuwiderläuft, liegt allein bei Nkrumahs Regierungsstellen.

Der Beschluss wurde am 24. August vom Parlament gefasst. Am 3. September wurde auf Grund dieses Beschlusses die Oppositionszeitung «Ashanti Pioneer» unter völlige Vorzensur gestellt.

Die in Kumasi in Zentralghana erscheinende Zeitung darf nur weiter herausgegeben werden, «wenn ihr Inhalt durch eine zu diesem Zweck durch den Informationsminister ernannte Amtsperson freigegeben worden ist». Der Parlamentsbeschluss erlaubt ausdrücklich Präsident Nkrumah selbst, nicht einer bestimmten Stelle seiner Regierung, die Zensur zu veranlassen. Die Strafe für Zuwiderhandlung gegen die Zensurvorschriften ist eine Busse von 100 Pfund oder bis zu zwei Jahren Gefängnis. Ghana kennt bereits das Notgesetz der «vorsorglichen Gefangennahme», nach welchem im August zwei prominente Oppositionsführer ohne Angabe der Gründe inhaftiert wurden. Somit hat Präsident Nkrumah jetzt die Opposition praktisch ausgeschaltet.

Sowjetische Diplomatie des doppelten Zwecks



Seit Wochen hat Moskau die Offensive an allen Fronten ergriffen. Bemerkenswert ist dabei sowohl, wie frühere Manöver als Wegbereiter dienten, als auch, wie nach einem Manöver mit andern Mitteln nachgedoppelt wird, um die Wirkung nicht erkalten zu lassen.

Die Karte zeigt einige der Brennpunkte und der Absichten hinter den entsprechenden sowjetischen Manövern.

1. Chruschtschew schrieb letzte Woche dem türkischen Regierungschef, General Gürsel, der sich inneren Schwierigkeiten gegenüber sieht, und bot Freundschaft gegen Neutralisierung der Türkei an.

2. Gleichzeitig greift die sowjetische Presse wiederum scharf Iran und den Schah an. Beide Manöver zielen über den direkten Beschluss hin aus in den Mittleren Osten, den der Kreml seit Suez im eigenen Saft weiterschmoren liess.

Achtung: Die westlichen Länder und ihre Oelgesellschaften haben sich auch heute noch nicht zu einer einheitlichen Verteidigungslinie im Mittleren Osten gefunden.

3. Afghanistan, Vorposten der Sowjets (KB, 30. März, 6. April), befindet sich an der Flanke des neuen Offensivgeländes.

4. Die Aeussere Mongolei, Reibungsfläche zwischen Moskau und Rotchina (KB, 4. und 11. Mai), aus welcher Molotow (siehe S. 4) soeben nach Wien versetzt wurde.

5. Chruschtschew will Nordkorea besuchen. Nordkorea bemüht sich um Anerkennung durch Japan, nachdem es ein Abkommen für die Repatriierung von Koreanern aus Japan abschliessen konnte; die Rückwanderer, zum Teil ursprünglich Südkoreaner (KB, 13. April), sollen zu einer politischen Offensive gegen Südkorea eingesetzt werden. Sie schreiben bereits Briefe an ihre Verwandten dort. Gleichzeitig wirkt die Erinnerung der kommunistischen Agitation in Japan, die zu Eisenhowers Absage führte, nach.

6. Chruschtschew besuchte diese Woche Finnland. Die Wirkung zielt auf ganz Skandinavien, verbindet sich mit den Anstrengungen Mikoyans in Oslo vor Monaten, mit dem Werben der Ostdeutschen um die baltischen Staaten.

7. Laos und 8. Indonesien sind weitere schwache Punkte, die im Auge behalten werden sollten.

A. Kuba. Castro ist dem Kreml dank den Fehlern der Vereinigten Staaten in den Schoss gefallen. Der Beschluss Chruschtschews, am 20. September als Leiter der sowjetischen Delegation zu den Abrüstungsgesprächen an die Uno nach New York zu fahren, zielt einerseits auf ein Echo in den USA während der Wahlkampagne ab, andererseits auf eine Wirkung in

Mittelamerika. Moskau hat in Mexiko Fühler ausgestreckt, um einen Staatsbesuch zu organisieren, und wird wieder Kuba warmhalten.

B. Kongo. Vor Monaten konzentrierte sich Moskau auf eine Hetze gegen die Weissen in Uganda (KB, 27. Juli), den zentralen Pfeiler einer eventuellen Verteidigung der Commonwealth-Interessen in einem Konflikt (Kreuzung einer wichtigen Nord-Süd- und einer West-Ost-Achse). Der Kongo war eine unverhoffte Gelegenheit, in der Nachbarschaft mit Flugzeugen (bisher ca. 10 Ilyuschins an Lumumba) und technischem Personal nachzudoppeln. Das Ziel: Einfluss in einem Zentrum des Kontinents, von wo aus in möglichst vielen Nachbarstaaten gewählt werden kann.

Achtung: Weder die Lage in Kenia (Mau-Mau), noch die Zukunft der Rhodesien-Nyassaland-Föderation, noch das Gleichgewicht der sich lockern «Communauté française» (Mali!) ist gesichert. Äthiopien ist heute schon von sowjetischen Beratern infiltriert.

Die DDR will ihre Anerkennung erzwingen

Berliner Sperre soll die Praxis liefern, um Staatsbürger endgültig in Ostdeutsche und Westdeutsche zu trennen

Mit der neuesten Berliner Verkehrssperre geht es der Regierung Ostdeutschlands darum, aus der Praxis heraus die Anerkennung einer besonderen ostdeutschen Staatsbürgerschaft und eines getrennten Staates zu erzwingen.

Westberliner dürfen in die Sowjetzone, denn «ganz Berlin gehört zur DDR», wie die These heisst. Sie sind also zukünftige DDR-Bürger.

Westberliner hingegen, die nach Westdeutschland fahren wollen, werden nach Geburtsort und Herkunft gefragt. Stammen sie aus der jetzigen Sowjetzone, so wird ihnen die Ausreise verweigert, weil sie als DDR-Bürger angesehen werden.

Westdeutsche, die in Berlin weilen, dürfen nicht in die Sowjet-

zone, weil sie nach derselben Auffassung «Ausländer» sind.

So möchte die DDR aus der Praxis heraus den Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen einführen, wobei alle Berliner als Ostdeutsche gezählt werden.

Zwar hat der Westen gegen die Schikane protestiert. Doch einen Protest gegen die in der Massnahme sichtbar werdende Tendenz hat man bisher nicht gehört. Solche praktische Präzedenzfälle aber sind Vorzeichen grundsätzlicher Entscheide.

WAS IM WESTEN WUCHER IST IM OSTEN NOCH KEIN BANKZINS

Das neue ungarische Zivilgesetz beschränkt den Zins privater Darlehen auf 5 Prozent. Dagegen ist für die Staatsbanken (Verordnung Nr. 5/60, 27. April) der höchste Zinssatz 10 Prozent.

(Die ungarische Presse bezeichnete den Zinssatz westdeutscher Kredite an Entwicklungsländer von 5 bis 6 Prozent «ausbeuterisch».)

Unser Memo

Das Bild der Universität der Völkerfreundschaft in Moskau wird in diesen Wochen durch

Nachrichten in der Ostpresse vervollständigt. Einen neuesten Ueberblick gab am 30. August die bulgarische Depeschagentur. Nach dieser Meldung hat die Aufnahmekommission schon 13 000 Gesuche geprüft. Die Zahl der Studierenden für das erste Jahr ist auf 500 begrenzt, doch sollen 700 zugelassen werden, da zunächst eine Aufnahmeprüfung stattfinden soll. Die Reise nach Moskau zur Prüfung wird jedenfalls bezahlt. Bei Zulassung ist das Studium kostenlos. Ebenfalls kostenlos sind Krankenversicherung, Benützung der Laboratorien und Bibliotheken sowie die Unterkunft. Am 14. August berichtete «Rabotnitschesko Delo», es seien insgesamt 25 000 Gesuche eingegangen, und die Studenten würden in der Tschernischewski-Kaserne (als Studentenheim) untergebracht. Die Unterrichtsräume befinden sich nach diesem Blatt in einem grossen Gebäude der Militärakademie. Die Zeitung bezeichnet die Wahl dieser Gebäude als «symbolisch», womit sie offensichtlich meint, Militärbauten würden jetzt in der Sowjetunion friedlichen Zwecken dienen. Es kann sich aber auch um blasse Raumnot handeln — in der Schweiz wurden ebenfalls Kasernen für andere Zwecke benützt. Nach der bulgarischen Depeschagentur erhält jeder Student einen Monatszuschuss von 900 Rubel. Diese Summe ist in Anbetracht der übrigen freien Dienste ausserordentlich hoch. Wie die Wirklichkeit aussehen wird, ist eine andere Frage — es liegen auch Klagen von Studenten aus Entwicklungsländern über die Zustände in der Sowjetunion vor. Unterdessen benützt die UdSSR die Ankündigung für einen ausgedehnten Propagandafeldzug. Im Rahmen dieser Aktivität reist der Vorsitzende des Komitees für Kulturbeziehungen, Jurij Schukow, in ganz Afrika herum. Er versprach Lumumba Stipendien für 150 Kongolesen, besuchte andere afrikanische Staaten und traf am Wochenende in Kairo ein. Es scheint an der Zeit zu sein, westliche Studienprogramme für Entwicklungsländer vermehrt an die grosse Glocke zu hängen.

GRUNZ ZURÜCK IM ZORN

Moskau fördert Angstpsychose vor Bonns Revanchegeplänen

Die Angst vor der Nato, und ganz besonders vor einer Nato mit starken westdeutschen Truppen, ist in der Sowjetunion echt. Besonders tief aber ist diese Angst noch bei den osteuropäischen Satelliten. Die von Moskau gesteuerte Kampagne gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik drückt somit einerseits wahre, eigene Angst aus, während sie andererseits auf die sichere Karte der noch grösseren Angst bei den eigenen Vasallenstaaten setzt. Mehr und mehr werden die Amerikaner im Hintergrund zu den Schurken, welche die revanchelustige Bundesrepublik voranschicken. So zeichnet der Karikaturist der



«Prawda» am 26. August die Lage: Vorne als verkleidetes Schwein in der Uniform der berüchtigten Totenkopf-Brigaden der SS der deutsche Militarismus, in der Hand eine Fackel, deren Flammen das Wort «Revanche» bilden. Hinter ihm, gerade im Begriff, ihm die Atombombe in die Hand zu geben, die «Nato» mit dem klassischen Gesicht des Amerikaners in der sowjetischen Karikatur. Es gibt in ganz Europa Leute, die das gerne glauben.

kurz

Verordnung über Gewährung von Stipendien im «Amtsblatt» des Präsidiums der bulgarischen Nationalversammlung: «Stipendien werden jenen Studenten gewährt, die ... eine positive Einstellung zu den Massnahmen der Volksregierung aufweisen.»

Polen verkauft dieses Jahr 41 polnische Märchenfilme an 24 Länder («Trybuna Ludu», 20. August).

Ungarn wollen keine Lebensversicherungen abschliessen, weil sie zu wenig Vertrauen in die sozialistische Zukunft haben. («Nepszabadsag», 20. August).

Kachelöfen sind in Ungarn Mangelware; vor einem Geschäft bildete sich bei Meldung vom Eintreffen solcher Oefen schon um Mitternacht eine Schlange. Doch viele der Käufer brauchten die Oefen nicht selbst, sondern verkauften sie mit Gewinn weiter. («Nepszava», 19. August).

Auch in Neuseeland, das als Paradies des Rassenfriedens zwischen Weissen und Maoris gilt, soll es Spannungen in den Schulen geben, sobald die Zahl der Maoris bedeutend ist (Buch: «The Story of New Zealand», Faber, von Dr. W. H. Oliver, Victoria-Universität, Wellington, Neuseeland).

Die UdSSR wird 150 Studenten aus dem ehemals belgischen Kongo aufnehmen («Otetschestven Front», Sofia, 28. August).

Curriculum der Woche

MOLOTOW (SKRIABIN)
WJATSCHESLAW MICHAILOWITSCH

Neuer ständiger sowjetischer Vertreter bei der Internationalen Atomenergie-Behörde in Wien, früher lange Aussenminister und Symbol der sowjetischen Aussenpolitik. Geb. 1890 in Slobodka Kukarka (jetzt Sowjetsk, Gebiet Kirow), 1902 Realschule Kazan. Mit 16 Jahren als Mittelschüler Mitglied KP. 1909 erste Verhaftung, 2 Jahre verbannt (in Wologda, wo er Agitation bei Eisenbahnern betreibt). 1911 zurück, Technische Hochschule St. Petersburg (Leningrad), politische Arbeit bei den Bolschewiken, Agitation bei Studenten und Arbeitern, seit 1912 journalistisch tätig, Mitbegründer der «Prawda», mehrmals verhaftet, nach 1914 (Beginn 1. Weltkrieg) in Moskau, um die angeschlagene bolschewistische Lokalorganisation wieder aufzubauen. 1915 auf 3 Jahre nach Irkutsk verbannt, flieht, 1916 wieder in Petersburg. Dort auf Vorschlag Lenins in das «Russische Büro» des ZK der Partei aufgenommen. 1917 Revolution, Mitglied des Kriegskomitees in Petersburg; 1918 Leiter Volkswirtschaftsrat Nord, Sommer 1919 Bevollmächtigter der ZK und Organisator in dem von den Bolschewiken soeben besetzten Wolgagebiet. Sekretär verschiedener ZK von Regionalparteien (Donez, Ukraine), 1921 Mitglied des ZK, Kandidat des Politbüros der Sowjetunion (ununterbrochen bis 1957 Mitglied des ZK). 1930 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Ministerpräsident). 1939 vor Abschluss des Hitler-Stalin-Nichtangriffspaktes, ersetzt Molotow den jüdischen Volkskommissar für Auswärtiges, Litwinow. Uebt Regierungschef-Funktion praktisch nicht mehr aus, da Regierung von da an unter Stalins Leitung. 6. Mai 1941 tritt er auch offiziell Titel an Stalin ab. 1941 bis 1945 auch stellvertretender Vorsitzender des Landesverteidigungskomitees. März 1946 Volkskommissare offiziell in «Minister» umgetauft. Wird «Aussenminister» und «Stellvertreter der Vorsitzender des Ministerrates», 1949 als Aussenminister von Andrej Wyschinsky abgelöst, wird Assistent Stalins und leitet die gesamte Tätigkeit des Ministerrates. 1953 (Stalins Tod) bleibt er im umgestalteten Führungsapparat und erhält dazu wieder Aussenministerium. 1956 unterliegt er mit seinem harten Kurs der Gruppe Chruschtschew, wird zunächst als Minister für Staatskontrolle vom Aussenministerium abgeschoben und verliert Juni 1957 mit Kaganowitsch und Schepilow Mitgliedschaft im ZK (seit 1921), Ministerposten als Erster stellv. Vorsitzender und Staatskontrolle. August 1957 Botschafter Volksrepublik (äussere) Mongolei in Ulan Bator. Seit 1959 ständig Gerüchte um Rückkehr, erst als Botschafter in Den Haag (Holland); jetzt zu seinem neuen Posten in Wien ernannt. Für weite Kreise der UdSSR noch immer Vorbild des harten Parteilannes und Aussenpolitikers. Rückkehr zur Macht immerhin unwahrscheinlich.